

AKTUELL

KLIMABILANZ

„Unverantwortliche“ Schönfärberei

María Elorza Saralegui

Die Regierung lobte sich für ihre Klimabilanz. Doch der „Mouvement écologique“ kritisiert das als Schönfärberei: Die Mehrheit der Sektoren hat ihre Emissionsziele überschritten.

Die Reaktion sei „äußerst unzufriedenstellend“. In einer Pressemitteilung vom 2. September sparte der Mouvement écologique (Méco) am vergangenen Dienstag nicht an Kritik gegenüber der Klimapolitik der Regierung. Grund hierfür ist die vorläufige Klimabilanz der Emissionen Luxemburgs für das Jahr 2024. Eine Bilanz die das Umweltministerium Anfang August – mit einem Tag Verspätung, wie der Méco damals schon bemängelte – veröffentlichte (woxx 1849). Laut dem Ministerium fällt sie positiv aus: Insgesamt sind den vorläufigen Zahlen zufolge im letzten Jahr 6,8 Millionen Tonnen Emissionen ausgestoßen worden, rund 1,5 Prozent weniger als im Jahr davor. Verglichen mit dem Referenzjahr 2005 wurden die Emissionen in zwei Jahrzehnten um 33 Prozent reduziert. Luxemburg erfülle so zum fünften Jahr in Folge die im nationalen Umwelt- und Klimaplan (Pnec) festgelegten Reduktionsziele. Dies sei aber Schönrederei und ignoriere grundlegende Nichteinhaltungen, kritisierte der Méco nun scharf.

Zwar lag 2024 die Summe der Emissionen knapp unter der festgelegten Schwelle, doch ein Blick in die sektoriellen Ziele zeigt, dass nur zwei der fünf Sektoren Luxemburgs die vorgesehenen Emissionsziele einhielten (Mobilität sowie Land- und Forstwirtschaft). Die Sektoren Industrie, Gebäude sowie Abfallwirtschaft und Abwasserklärung verfehlen dagegen ihre Einsparungsziele. Dies ist nichts Neues, denn diese drei Sektoren sind seit drei Jahren die Problemkinder der Luxemburger Klimapolitik. So liegt etwa die Industrie mit 532.000 Tonnen CO₂-Äquivalenten 38,5 Prozent über der Schwelle – und erreicht somit zum vierten Mal in Folge nicht das festgelegte Ziel. Zwischen 2005 und 2024 sind die Emissionen des Sektors gar um 21 Prozent gestiegen. „Bis 2030, also in knapp viereinhalb Jahren, müssten demnach nun sehr erhebliche Reduktionen (-65 Prozent in der Industrie, -45 Prozent im Gebäudesektor) erreicht werden. Eine absolut unhaltbare Situation!“, lautet das Fazit des Méco. Sorgen mache auch, dass sich die Reduktion der Emissionen in den vergangenen Jahren verlangsamt

hat: „Die ‚Reduktionslücke‘ zum geplanten Absenkpfad wurde in den letzten Jahren nicht verringert, sondern hat stetig zugenommen!“ Indem die Regierung in Mitteilungen die positive Summe unterstreiche, lenke sie demnach von den wesentlichen Schwierigkeiten ab, so die Umwelt-NGO.

Dringlichkeit wird verkannt

Die Regierung gibt sich jedoch unbesorgt. So sagte etwa der Direktor für europäische und internationale Affären des Umweltministeriums, Andrew Ferrone, im Interview mit Radio 100,7, das Land sei auf Kurs und halte das Gesamtziel ein. Zusätzliche Maßnahmen plane das Ministerium deshalb keine. Eine vermeintliche Rechtfertigung, die der Méco scharf kritisiert. Die Regierung dürfte sich nicht vor ihrer Verantwortung drücken, denn an den Klimaschutzzielen „führt kein Weg vorbei“, so die NGO, die auf die fehlenden politischen Rahmenbedingungen hinweist, damit alle Sektoren ihre Klimaschutzziele erreichen. Stattdessen handele die Regierung auf „unverantwortliche“ Art und Weise und verzögere so die „auch aus wirtschaftlicher Sicht dringend gebotene“ Energietransition.

Die definitive Bilanz für das Jahr 2024 soll laut Angaben des Ministeriums im März 2026 vorliegen. Bis dahin könnten sich die Zahlen noch ändern, doch nur um einige Prozentpunkte. An der Tatsache, dass drei von fünf Sektoren die festgelegten Ziele nicht erreicht haben, wird sich demnach wohl nichts mehr ändern. „Jedes verlorene Jahr führt in der Tat dazu, dass die fehlenden Reduktionen in immer kürzerer Zeit nachgeholt werden müssen – mit deutlich höheren sozialen, ökologischen und ökonomischen Kosten“, warnt der Méco: „Nur anhand verbindlicher und klarer Ziele kann zudem die nötige Planungssicherheit und der Innovationsdruck bestehen, die es Bereichen mit größerer Inertie ermöglichen, mit neuen Lösungen an der Transition mitzuwirken.“

SHORT NEWS

Kampagne gegen Schwächung des Umweltschutzes

(mes) – „Finger weg von unserer Natur!“. Mit diesem Slogan appellieren Dutzende Umwelt-NGOs an die Bevölkerung. Im Mittelpunkt ihrer Kampagne steht ein Vorschlag der EU-Kommission, die im Namen der Wettbewerbsfähigkeit die Umweltrechtsvorschriften „vereinfachen“ will. Betroffen wären die Bereiche der Kreislaufwirtschaft, der Industrieemissionen und der Abfallwirtschaft. Neben einer stärkeren Digitalisierung der Berichterstattung vonseiten der Unternehmen, sollen laut Vorschlag auch Genehmigungsprobleme „bewältigt“ und die Datenbank für besorgniserregende Stoffe in Produkten eingestellt werden. Dies sichere eine „schnellere, einfachere und kostengünstigere“ Umsetzung, so die Kommission. Die Umwelt-NGOs sehen das anders: Die „Vereinfachung“ sei nur ein Vorwand, denn die vorgeschlagenen Änderungen schwächten wichtige Umweltschutzregeln ab und stellen somit eine Gefahr für die menschliche Gesundheit und die Integrität der Umwelt dar. „Was tatsächlich vereinfacht wird, ist der Weg für diejenigen, die von der Zerstörung der Natur auf Kosten der Allgemeinheit profitieren wollen“, so die NGOs, zu denen auch Luxemburger Organisationen wie natur&mwelt zählen. Die geltenden Regeln seien das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe: „Lassen Sie nicht zu, dass sie durch Schweigen zunichte gemacht werden“, so die NGOs in ihrem Aufruf. Die Konsultationsphase, während der Bürger*innen ihre Stellungnahme übermitteln können, endet am Mittwoch, dem 10. September. Bis vor Redaktionsschluss haben über 100.000 Personen die Kampagne der Umweltgruppen bisher unterschrieben. Mehr Informationen: www.handsoffnature.eu

Im Südsudan droht ein Desaster

(tf) – Kaum jemand spricht über die Situation im Sudan, laut UN die derzeit „schlimmste humanitäre Krise der Welt“ („Bürgerkrieg im Sudan“, woxx 1851). Da ist es nicht verwunderlich, wenn ebenfalls unbemerkt bleibt, wie sich im benachbarten Südsudan wieder etwas zusammenbraut. 2011 hatte sich das Land vom Sudan abgelöst und gilt als der weltweit jüngste Nationalstaat, dessen Souveränität allgemein anerkannt wird. Problemlos ging das nicht vonstatten: Das Land glitt in einen Bürgerkrieg, der Hunderttausende das Leben kostete und erst im Jahr 2018 durch ein Friedensabkommen eingedämmt werden konnte. Diese Woche nun schlug der Think Tank „International Crisis Group“ (ICC) Alarm. Im Gerangel um einen Nachfolger für den altersschwachen Präsidenten Salva Kiir drohen erneut bewaffnete Konflikte, insbesondere weil Kiir mit Benjamin Bol Mel seinen politisch unerfahrenen langjährigen Geschäftspartner gegen alle anderen potenziellen Kandidaten durchdrücken will. Dazu ließ er unter anderem seinen ersten Vizepräsidenten und langjährigen Rivalen Riek Machar verhaften, woraufhin es erste Scharmützel zwischen Regierungstruppen und Anhängern Machars gab. Es braut sich ein Desaster zusammen, das der aktuellen Entwicklung im Sudan nicht unähnlich ist. Die ICC hofft, dass sich afrikanische Staaten wie Uganda finden, die ihren historischen Einfluss in dem Land nutzen, um doch noch eine friedliche Machtübergabe zu ermöglichen.

Forum 445: Demokratie

(ja) – Die liberale Demokratie steht unter Beschuss: Aus dieser Schlussfolgerung heraus widmet die „forum“-Redaktion ihre Septemberausgabe der Demokratie und ganz besonders deren Verteidigung. Könnte man bei dem Coverbild – gezeigt wird das Europaparlament mit Absperrbändern während Renovierungsarbeiten – an die „ewige Baustelle“ denken, so stellen die Beiträge im Dossier eher die Frage, wie Demokratien sterben und wie sich dies verhindern lässt. Bereits der erste Beitrag, ein Interview mit Chamberpräsident Claude Wiseler (CSV) zeigt, dass diese Sorgen nicht bei allen gleich stark sind. Ein Beitrag des Soziologen Fernand Fehlen verdeutlicht, wo die Luxemburger Demokratie schwächelt: vor allem bei der Repräsentativität. Der Jurist Stefan Braum gibt Einsicht in die Prozesse, die in den USA die Justiz erodieren, eine Nabelschau zur dritten Gewalt des Großherzogtums fehlt jedoch. Gleich zwei Artikel befassen sich mit dem Einfluss der Digitalisierung auf die Demokratie, weitere mit feministischen Perspektiven und Bildungsaspekten. Eine Fehlstelle im ansonsten recht ausführlichen Dossier ist die Weiterentwicklung der Demokratie durch Bürger*innenbeteiligung und ähnliche Prozesse. Auch die Rolle von Protestbewegungen und Gewerkschaften wird ausgeklammert.